

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Martin Koller

Zur Aussagekraft regionaler Arbeitslosenquoten

17. Jg./1984

2

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin
Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB),
90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16,
E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0;
Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30.
Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309.
ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Zur Aussagekraft regionaler Arbeitslosenquoten

Martin Koller*)

Die Arbeitslosenquote ist nicht zuletzt wegen des langjährigen Ungleichgewichtes auf dem Arbeitsmarkt eine der vertrautesten Schlüsselgrößen für die Beurteilung konjunktureller Entwicklungen. Darüber hinaus dient sie als Indikator für regionale Strukturprobleme und für den gezielten Einsatz politischer Instrumente. So werden z. B. beschäftigungspolitische Sonderprogramme, aber auch erhebliche Mittelzuwendungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Rahmen des AFG oder aus dem europäischen Regionalfond oder im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur nach Höhe und Entwicklung regionaler Arbeitslosenquoten ausgereicht. Deshalb müssen gelegentliche kritische Anmerkungen zur „Treffsicherheit“ dieser Größe ernst genommen und die vorhandenen Möglichkeiten genauerer Messung genutzt werden.

Im ersten Teil der Ausführungen werden eher grundlegende Einwände gegen die Aussagekraft der Arbeitslosenquoten dargestellt, die in ähnlicher Form allerdings für fast jeden Einzelindikator zu formulieren wären. Im zweiten Teil gilt das Hauptaugenmerk den regionalen Verzerrungen. Am Beispiel einiger Kontrollrechnungen wird dargelegt, welche Fehler mittlerweile vor allem deshalb anzusetzen sind, weil aktuelle und genaue Berechnungen zu den Erwerbspersonen in den Regionen nicht zur Verfügung stehen. Schließlich werden die Möglichkeiten, aber auch die noch offenen Probleme einer Neuberechnung brauchbarer Arbeitslosenquoten (in tiefer regionaler Gliederung) diskutiert.¹⁾

Die Arbeitslosenquote und ihre Entwicklung in der Zeit ist eine der am häufigsten gebrauchten Rechengrößen für die Beurteilung der Konjunktur und regionaler Unterschiede in der Arbeitsmarktentwicklung. Dieser Indikator ist vertraut, „durchsichtig“, leicht handhabbar und – auf den ersten Blick – auch anschaulich genug: So wird sich die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 1984 auf einem Niveau von 9,3% einpendeln und damit mehr als doppelt so hoch sein wie 1980. Die Streuungen um diesen Bundesdurchschnitt werden auch 1984 erheblich sein: Sie reichen von 6% in Baden-Württemberg bis zu 11,8% in Niedersachsen-Bremen.

Allgemeine Einschränkungen

Allerdings weist diese komfortable Größe auch einige entscheidende „Konstruktionsmängel“ auf, die im folgenden etwas eingehender dargestellt werden sollen.

Bestandsgrößen, wie die Zahl der Erwerbstätigen oder Arbeitslosen, liefern *Momentaufnahmen*. Für zahlreiche Fragestellungen reicht die Analyse von Bestandsgrößen oder der aus ihnen abgeleiteten Durchschnitte und ihrer Nettoveränderungen in der Zeit völlig aus. Dies gilt auch für die Arbeitslosenquote, als dem Verhältnis der Bestandszahlen von registrierten Arbeitslosen und abhängigen Erwerbspersonen. Sie schildert dennoch nur einen Teil des wirklichen Arbeitsmarktgeschehens und sagt sehr wenig über den *Prozeß* aus, der schließlich zu den beobachteten Nettoveränderungen führt. Hinter ein und derselben Arbeitslosenquote können ganz unterschiedliche Arbeitsmarktsituationen stehen. Dies wird erst deutlich, wenn man die tatsächlichen Bruttoströme auf dem Arbeitsmarkt in die Analyse miteinbezieht.

Wenn man das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in einem Zeitraum untersucht (und das muß man vor allem bei der Regionalanalyse) so stellen sich drei Fragen:

- Wieviele unterschiedliche Personen werden arbeitslos? (Betroffenheit von Arbeitslosigkeit)
- Wie oft wird eine Person arbeitslos? (Mehrfacharbeitslosigkeit)
- Wie lange bleibt sie arbeitslos? (Dauer der Arbeitslosigkeit)

Auf diese Fragen gibt die Arbeitslosenquote keine Auskunft.

Für die regionale Steuerung der Arbeitsmarktpolitik ist es jedoch äußerst wichtig zu wissen, welche *Problemstruktur* sich hinter einer Arbeitslosenquote verbirgt. Ist es eine Region, für die viele häufig wechselnde, kurzfristige Arbeitslose typisch sind? Hier wären vor allem Maßnahmen zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit zu empfehlen. Anders dagegen, wenn sich ein fester Kern längerfristiger Arbeitsloser gebildet hat: Hier müßte vor allem die Wiedereingliederung der Arbeitslosen in das Erwerbsleben mit einem völlig anders zugeschnittenen Programmpaket gefördert werden.

Das gilt auch für die Beurteilung der Gesamtsituation im Bundesgebiet: Ab 1975 hatte sich die durchschnittliche Bestandszahl der registrierten Arbeitslosen für einige Jahre hinweg etwa in der Größenordnung von 1 Mio. eingependelt. Dies führte häufig zu dem Fehlschluß, es gäbe einen „festen Block“ von Arbeitslosen. In Wirklichkeit sind von einem Jahr zum anderen etwa 70% des Bestandes an Arbeitslosen nicht mehr identisch mit dem Vorjahresbestand. Dies rechtfertigt viel eher den Schluß, daß das Ausmaß der Arbeitslosigkeit nicht primär ein Strukturproblem, sondern Ausdruck eines ständig größer werdenden Ungleichgewichtes zwischen Angebot und Nachfrage ist. Die Nettoveränderungen – auch in der Struktur der Arbeitslosigkeit – werden erst dann begreiflich, wenn man zusätzlich die Bewegungen, das Volumen der Bruttoströme und deren Bestimmungsgrößen mit ins Bild hineinnimmt. Die nach wie vor enorme Dynamik am Arbeitsmarkt wird z. B.

*) Martin Koller ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung des Autors.

¹⁾ Ein Teil dieser Ausführungen wurde zum ersten Mal im April 1982 anlässlich eines regionalpolitischen Seminars in Hinterzarten vorgetragen. Sofern sich Änderungen in der „amtlichen“ Berechnung regionaler Arbeitslosenquoten ergeben, geht dies u. a. auch auf Anregungen von Prof. H. Müller in Freiburg zurück.

probenergebnisse an die fortgeschriebene Wohnbevölkerung „angepaßt“ werden müssen – diese aber ist wahrscheinlich überhöht. Die Folge davon ist, daß die bisherigen Arbeitslosenquoten für Bundesländer und Landesarbeitsamtsbezirke sehr wahrscheinlich zu niedrig ausgewiesen werden. Kontrollrechnungen ergeben beispielsweise für Schleswig-Holstein, daß die Quote 1982 bei 9,9% (anstatt bei 9,1% wie offiziell ausgewiesen) liegen dürfte.³⁾

Weitaus größer jedoch sind die Verzerrungen in der Nennergröße bei den Arbeitslosenquoten für die einzelnen *Arbeitsamtsbezirke*. Hier werden immer noch die abhängigen Erwerbspersonen (im Nenner der Quote) mit Hilfe der sogenannten k-Werte errechnet. Diese aber stammen aus der Volkszählung von 1970. Diese k-Werte werden zwar an eine fortgeschriebene Wohnbevölkerung in den einzelnen Arbeitsamtsbezirken angelegt, sie zeichnen aber längst kein zutreffendes Bild der Entwicklung der Erwerbsquoten in den einzelnen Regionen mehr.

Definition der (bisherigen) Arbeitslosenquoten für Dienststellen

(Beispiel: März 1984)

$$AloQ_{AA}^{3/84} = \frac{\text{Arbeitslose (Ende März 1984)}}{\text{fortgeschr. Wohnbevölkerung * k-Wert}}$$

k-Wert: Anteil der abhängigen Erwerbstätigen, einschl. Soldaten, und der Arbeitslosen vom Mai 1970 an der Wohnbevölkerung (lt. VBZ 1970, nach heutigem Gebietsstand des Arbeitsamtes)

So zeigt z. B. ein Vergleich der Volkszählungsergebnisse von 1970 mit dem Mikrozensus von 1982, daß sich die Erwerbsquote insgesamt im Bundesgebiet um 2,1%-Punkte erhöht hat. Die entsprechenden Werte in den Regionen weichen davon erheblich ab: So betrug der Anstieg z. B. in Schleswig-Holstein plus 4,6, im Saarland plus 4,1 und in Hessen nur 0,2%-Punkte. Ähnliches gilt natürlich auch für die geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten: So stieg die Frauenerwerbsquote im Bundesgebiet in dieser Zeit um 3,9%-Punkte; in Schleswig-Holstein lag der Anstieg mit 7,2%-Punkten erheblich höher und in Baden-Württemberg mit 2,7%-Punkten wesentlich niedriger. Schon aus diesen wenigen Zahlenbeispielen wird deutlich, daß die regionalen Unterschiede erheblich sind und daß etwa die allgemein beobachtbare starke Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen im Alter von 25 bis 40 Jahren keineswegs in allen Regionen gleichermaßen durchschlägt. Neben der veränderten Erwerbsneigung spielen natürlich Änderungen in den Ruhestandsregelungen oder die Verlängerung der Ausbildungszeiten eine beachtliche Rolle. Unterschiedliche, demographische Strukturen und Entwicklungen kommen deshalb bei der (interessanteren) Gruppe der 15 bis 64-jährigen klar zum Ausdruck: Nach dem Mikrozensus von 1982 liegt die durchschnittliche Erwerbsquote so z. B. im Saarland bei 57,9% in Bayern dagegen bei 71,6%; die entsprechende Frauenerwerbsquote dieser Gruppe hat ihren niedrigsten Wert im Saarland mit 36,7%, in Nordrhein-Westfalen mit 43,9% nicht viel darüber, dagegen sehr viel höher in Berlin

³⁾ Vgl. dazu Rüdell, J. Wie zuverlässig sind Arbeitslosenquoten? in: Stat. Monatsh. S-H 11/1983

⁴⁾ Diese beiden Gruppen zählen nicht zu den Arbeitnehmern und bleiben sowieso außer Ansatz. Eine ausführliche Darstellung zu den auch hieraus folgenden Problemen im internationalen Vergleich findet sich bei Koller, M. I. König, Internationaler Vergleich der Arbeitslosenquoten, in: BeitrAB 29, 1977.

mit 62,3%. Es ist offensichtlich, daß bei dem auffälligen Regionalgefälle der Erwerbsquoten und den zwischenzeitlich eingetretenen Veränderungen und vor allem auch wegen der interregionalen Wanderungen die „alten“ Erwerbsquoten aus der Volkszählung von 1970 nur noch ein verzerrtes Bild des heutigen Arbeitsplatzbedarfes in den kleineren Gebietseinheiten liefern können.

Wie groß diese Verzerrungen vor allem in der regionalen Struktur sind, läßt sich nicht sagen, weil genaue Angaben zu den Erwerbstätigen und Arbeitnehmern in den Arbeitsamtsbezirken fehlen. Natürlich könnten diese Verzerrungen durch eine neuerliche flächendeckende Zählung ausgeräumt werden. Wegen des Ausfalls der Volks- und Arbeitsstättenzählung von 1983 stehen solche Daten allerdings auf Jahre hinaus nicht zur Verfügung. Und selbst wenn – dies wären ebenfalls nur wieder „saubere“ Zahlen zu einem bestimmten Zeitpunkt.

Pragmatische Verbesserungsvorschläge und Vergleichsrechnungen

Die Tabelle 1 zeigt, daß Arbeitslosenquoten für unterschiedliche Regionalgliederungen nicht ohne weiteres verglichen werden können. Sie zeigt aber auch nochmals, zu welchen Verzerrungen die Verwendung verschiedenartiger Nennergrößen führt: So liegt z. B. die Quote in allen saarländischen Teilgebieten über dem (zu niedrigen) Wert für das gesamte Bundesland.

Tabelle 1: Regionale Arbeitslosenquoten – der Unterschied zwischen Länder- und AA-Berechnungen

Arbeitsamtsbezirke *)	im Jahresdurchschnitt 1983	im März 1984
Bad Kreuznach	11,5	11,9
Kaiserslautern	10,0	10,3
Koblenz	9,3	9,7
Landau	9,5	10,0
Ludwigshafen	8,3	8,7
Mainz	8,5	8,4
Mayen	12,5	13,2
Montabaur	9,2	9,7
Neuwied	11,1	11,3
Pirmasens	10,0	10,0
Trier	12,4	14,2
<i>Rheinland-Pfalz **)</i>	8,5	8,9
Neunkirchen	13,5	14,3
Saarbrücken	14,6	15,8
Saarlouis	12,9	14,4
<i>Saarland **)</i>	11,8	12,7
<i>Rheinland-Pfalz-Saarland **)</i>	9,2	9,7

*) Nenner nach VZ 1970

**) Nenner nach Mikrozensus

Ein pragmatischer Ausweg aus diesem Dilemma könnte mit Hilfe der Beschäftigtenstatistik gefunden werden. Diese Statistik enthält seit 1974 alle Sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeiter und Angestellten in tiefer Desaggregation. Nicht enthalten sind allerdings die Selbständigen und mithelfende Familienangehörige,⁴⁾ sowie Beamte und nicht Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Diese Lücke wirft vor allem im Bereich der Land- und Forstwirtschaft,

Tierhaltung und Fischerei⁵⁾ sowie bei den Gebietskörperschaften und den Sozialversicherungen größere Probleme auf. In den anderen Wirtschaftsbereichen ist dagegen der Deckungsgrad zwischen Erwerbstätigen und Beschäftigten relativ hoch: So werden z. B. im Bereich der Energiewirtschaft und Wasserversorgung und im Bergbau fast 100% der Erwerbstätigen erfaßt; im verarbeitenden Gewerbe sind das mehr als 90% und in den übrigen Bereichen etwa um die 80%⁶⁾.

Im folgenden wird deshalb ein Vergleich zwischen den bisherigen (offiziellen) Arbeitslosenquoten und einer neu berechneten Größe für Arbeitsamtsbezirke gezogen, bei der im Nenner anstelle der veralteten Arbeitnehmerzahlen aus dem Jahre 1970 die Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und die Arbeitslosen verwendet werden. Da in dem neuen Nenner nicht alle abhängigen Erwerbspersonen erfaßt sind, wird dieser kleiner und die neu berechnete Arbeitslosenquote entsprechend größer. Normalerweise müßte bei einem Vergleich der „alten“ und der „neuen“ Arbeitslosenquoten die erstere etwa bei einem Wert von 90 – 95% der zweiten liegen. Für das Bundesgebiet pendelt diese Verhältniszahl zwischen „alter“ und Vergleichsgröße von Juni 1978 bis Juni 1983 zwischen 92,9 und 91,6%.

Sehr viel gravierender aber sind die Verzerrungen (wie oben ja schon angedeutet) bei den Arbeitslosenquoten für die einzelnen Arbeitsamtsbezirke. Hier streut diese Verhältniszahl von 65% (in Brühl) bis 128% (in Saarbrücken). Ein Wort noch zur Erläuterung dieser Verhältniszahl: Für den Arbeitsamtsbezirk Bad Oldesloe wurde bisher die Arbeitslosenquote (z. B. 1983) mit einer Arbeitnehmerzahl von 119 800 im Nenner gebildet. Diese Zahl fußt, wie beschrieben, auf dem Volkszählungsergebnis von 1970 und sie ist mit großer Wahrscheinlichkeit mittlerweile überhöht. In der neu berechneten Vergleichsgröße steht für Juni 1983 eine Arbeitnehmerzahl von 85 940, die aus Beschäftigten und Arbeitslosen gebildet wurde. Die neue Nennergröße ist also um knapp 30% niedriger als die alte; dies kommt auch in der Tabelle 2 beim Vergleich der „alten“ Arbeitslosen- und (neuen) Vergleichsquoten zum Ausdruck. Dieses Ergebnis kann auch so interpretiert werden, daß die bisherige Arbeitslosenquote in Bad Oldesloe wahrscheinlich um mindestens 10% (allerhöchstens aber um 30%) unterschätzt war.

Umgekehrtes gilt im Fall Stuttgart: Hier ist die neue Arbeitnehmerzahl mit 499 293 um 24% höher als die alte Zahl aus der VZ mit 400 800 (vgl. auch Tab. 2). Entsprechend muß man hier davon ausgehen, daß die „neue“ Arbeitslosenquote niedriger ausfallen würde als die bisherige. Wenn man also die einzelnen Regionen nach der Höhe ihrer Arbeitslosenquote nach Rangplätzen (aufsteigend) sortiert, so würde Stuttgart nach unten und Bad Oldesloe nach oben „rutschen“. Das Beispiel Stuttgart zeigt aber auch, daß die Ballung von Arbeitsplätzen in Großstadtreionen tendenziell zu einer Senkung der auf diese Weise neu berechneten Arbeitslosenquoten führen würde. Auf diesen Sachverhalt, insbesondere auf die problematische Trennung von Wohn- und Beschäftigungsort, soll an späterer Stelle nochmals eingegangen werden.

⁵⁾ Aber auch hier werden die Arbeitnehmer fast vollständig durch die Beschäftigtenstatistik erfaßt. So gesehen, bleibt es bei den „alten“ Verzerrungen der Arbeitslosenquote für die ländlichen Gebiete. Sie kommen dadurch zustande, daß in der Landwirtschaft der Anteil der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen relativ groß, die Zahl der Arbeitnehmer (und damit der Nenner) deshalb entsprechend kleiner ist. In Schleswig-Holstein mit einem starken Landwirtschaftssektor fällt deshalb auch bisher die Arbeitslosenquote um etwa 0,2 – 0,3 Prozentpunkte höher aus.

Tabelle 2: Zur Aussagekraft regionaler Arbeitslosenquoten: Verhältnis „offizielle“ Arbeitslosenquoten zu Vergleichsquoten* nach Arbeitsamtbezirken, in %

Arbeitsamts- bezirke *)	Juni 1978	Juni 1979	Juni 1980	Juni 1981	Juni 1982	Juni 1983
Bad Oldesloe	68,3	68,8	70,0	70,0	70,2	71,9
Elmshorn	73,9	74,4	76,9	79,0	80,9	81,9
Flensburg	86,0	87,0	89,1	92,3	95,0	95,5
Hamburg	112,1	114,8	116,0	117,9	111,3	112,5
Heide	84,2	87,5	93,9	94,4	97,4	97,5
Kiel	87,3	88,6	90,9	90,6	92,2	92,7
Lübeck	88,4	89,2	88,6	91,8	92,1	92,7
Neumünster	83,9	94,4	87,8	89,9	90,6	91,4
Schleswig-Holstein- Hamburg	95,0	94,1	96,9	96,2	92,8	93,4
Braunschweig	94,9	94,4	96,4	97,3	98,0	98,4
Bremen	108,7	107,5	111,6	112,1	112,8	113,0
Bremenhaven	82,5	83,7	86,3	87,3	88,1	90,7
Celle	75,9	76,0	77,8	78,4	78,9	80,6
Emden	87,0	88,7	92,2	94,1	95,9	97,4
Goslar	80,0	81,6	81,8	82,5	84,9	85,8
Göttingen	86,7	89,6	91,5	92,8	93,4	94,0
Hameln	84,6	85,4	86,0	87,0	87,5	87,7
Hannover	109,1	108,3	111,1	113,0	113,2	113,1
Helmstedt	95,3	97,3	100,0	98,0	101,5	102,3
Hildesheim	82,3	84,2	84,2	85,3	85,6	87,0
Leer	82,3	85,9	86,7	91,6	93,3	96,4
Lüneburg	62,5	64,3	66,0	65,8	67,5	68,2
Nienburg	78,6	79,4	81,3	81,7	84,2	84,6
Nordhorn	90,2	92,3	97,6	100,0	97,2	102,3
Oldenburg	88,2	90,7	92,9	94,1	94,4	95,1
Osnabrück	94,6	100,0	100,0	101,8	102,5	104,6
Stade	84,4	84,2	85,0	85,7	87,0	88,1
Uelzen	81,8	83,3	85,7	87,3	89,0	90,4
Vechta	97,7	100,0	105,4	107,8	111,7	115,6
Verden	73,2	75,0	77,1	78,8	81,8	82,6
Wilhelmshaven	82,8	86,7	88,3	89,1	89,6	88,9
Niedersachsen- Bremen	88,5	88,6	88,9	90,9	87,9	89,0
Aachen	84,3	86,2	89,2	90,0	90,7	90,5
Ahlen	73,1	76,8	88,1	89,7	90,2	92,0
Bergisch-Gladbach	76,4	77,4	92,7	92,6	93,2	93,9
Bielefeld	100,0	104,2	106,9	106,7	108,1	108,0
Bochum	98,4	96,9	98,3	98,6	96,1	99,3
Bonn	81,8	83,9	81,8	84,1	83,6	83,3
Brühl	65,7	69,8	73,1	73,5	74,5	76,7
Coesfeld	93,8	95,8	91,5	91,3	91,3	92,1
Detmold	84,2	86,5	88,1	87,5	87,8	88,2
Dortmund	101,6	107,0	103,4	105,3	104,6	105,7
Düren	85,2	87,3	90,4	91,3	92,9	93,0
Düsseldorf	119,4	123,3	115,2	116,3	116,9	118,8
Duisburg	116,9	118,3	110,3	110,4	106,5	108,1
Essen	100,0	101,8	105,7	106,5	106,0	106,0
Gelsenkirchen	88,1	89,7	91,5	91,6	91,8	95,2
Hagen	91,8	95,7	95,9	96,8	96,6	96,6
Hamm	87,0	88,9	85,9	86,3	87,4	87,8
Herford	90,9	96,6	97,1	98,0	97,5	97,2
Iserlohn	94,1	94,4	97,4	98,4	100,0	100,0
Köln	120,8	120,5	111,5	113,4	114,0	115,0
Krefeld	89,3	90,4	98,1	98,5	100,0	100,0
Meschede	94,6	96,9	87,9	97,8	98,7	99,0
Mönchengladbach	84,0	87,8	86,8	86,9	86,0	86,8
Münster	97,2	100,0	115,8	113,6	114,8	116,3

Arbeitsamts- bezirke *)	Juni 1978	Juni 1979	Juni 1980	Juni 1981	Juni 1982	Juni 1983
Oberhausen	92,5	95,1	96,2	98,4	97,6	99,1
Paderborn	90,7	92,7	97,7	98,4	97,8	100,0
Recklinghausen	83,1	84,4	83,9	86,3	86,0	87,0
Rheine	83,9	87,0	87,0	88,9	89,2	89,2
Siegen	102,9	100,0	103,1	104,4	102,8	104,4
Soest	89,7	92,7	100,0	90,5	92,1	94,0
Solingen	94,9	92,1	93,9	96,1	94,3	95,0
Wesel	81,2	82,3	81,7	82,9	83,7	84,9
Wuppertal	89,4	93,3	95,2	94,8	95,1	95,4
Nordrhein-Westfalen	94,1	93,8	93,8	95,2	90,8	92,0
Bad Hersfeld	85,7	89,3	92,6	90,9	91,5	92,1
Darmstadt	82,8	87,5	88,0	84,8	84,7	86,5
Frankfurt	116,7	115,0	121,1	117,9	114,6	117,0
Fulda	88,2	90,3	93,8	94,6	93,9	95,5
Gießen	83,7	84,4	87,1	90,0	86,6	86,3
Hanau	76,9	77,8	78,6	79,5	79,7	80,2
Kassel	89,8	92,3	92,1	95,1	95,8	95,9
Korbach	93,3	92,9	100,0	96,8	100,0	99,0
Limburg	78,1	78,3	78,3	77,8	82,2	82,1
Marburg	81,3	80,8	82,8	86,0	85,5	86,3
Offenbach	84,8	82,4	86,2	85,1	84,9	85,7
Wetzlar	82,6	83,8	85,3	85,2	85,5	88,0
Wiesbaden	88,6	93,1	91,7	89,7	90,9	92,0
Hessen	94,1	92,6	92,3	93,0	90,6	91,4
Bad Kreuznach	91,1	97,6	97,8	101,4	101,2	101,0
Kaiserslautern	85,5	86,4	91,1	92,4	92,4	93,8
Koblenz	94,6	95,8	100,0	100,0	101,7	102,6
Landau	80,4	82,2	85,7	86,2	87,5	96,3
Ludwigshafen	100,0	103,2	103,2	104,4	105,4	88,0
Mainz	88,2	90,0	97,0	94,1	95,2	105,3
Mayen	78,3	80,6	82,5	84,1	85,9	97,6
Montabaur	79,4	81,5	82,8	83,7	82,9	86,9
Neunkirchen	89,2	91,0	95,1	95,0	96,0	83,5
Neuwied	80,5	84,2	86,8	89,1	89,1	90,4
Pirmasens	88,9	92,5	95,0	95,5	97,3	95,9
Saarbrücken	118,8	121,1	124,6	126,0	126,4	128,2
Saarlouis	90,0	92,1	95,2	97,7	96,9	98,4
Trier	91,3	94,9	100,0	101,6	102,4	102,9
Rheinland-Pfalz- Saarland	88,0	88,1	88,4	90,3	86,1	87,0
Aalen	92,6	94,7	95,2	96,7	96,2	94,0
Balingen	91,3	93,3	93,3	96,3	94,2	96,7
Freiburg	89,5	88,5	92,6	92,3	94,6	94,4
Göppingen	80,0	85,7	86,7	85,7	86,8	86,3
Heidelberg	87,8	90,3	93,5	91,1	90,5	91,1
Heilbronn	93,3	96,0	100,0	97,5	98,2	98,5
Karlsruhe	96,9	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Konstanz	83,3	88,5	92,0	89,2	88,5	90,0
Lörrach	82,9	81,8	87,0	96,7	88,1	87,9
Ludwigsburg	75,0	76,2	77,3	79,4	77,8	79,4
Mannheim	108,6	107,1	114,3	108,6	110,6	107,8
Nagold	80,0	90,0	85,7	86,4	83,8	83,3
Offenburg	96,6	95,2	100,0	103,2	102,1	103,3
Pforzheim	90,9	89,5	96,0	92,1	90,4	90,3
Rastatt	96,9	95,7	100,0	103,3	100,0	101,8
Ravensburg	95,0	92,9	100,0	100,0	102,5	103,7
Reutlingen	85,7	86,7	88,2	87,1	90,0	89,2
Rottweil	88,5	93,8	93,3	96,4	95,8	96,6
Schwäbisch-Hall	95,7	92,3	100,0	100,0	102,3	101,9
Stuttgart	114,3	118,2	121,4	122,2	121,4	124,4

Arbeitsamts- bezirke *)	Juni 1978	Juni 1979	Juni 1980	Juni 1981	Juni 1982	Juni 1983
Tauberbischofsheim	88,9	88,9	90,5	96,6	97,8	97,1
Ulm	112,5	106,7	112,5	114,8	112,0	110,6
Villingen-Schwenning.	94,7	100,0	100,0	96,8	98,2	95,7
Waiblingen	75,0	80,0	81,3	80,8	81,0	82,1
Baden-Württemberg	96,0	94,7	95,0	96,7	93,5	93,3
Ansbach	89,3	90,5	94,7	97,3	98,3	98,6
Aschaffenburg	90,6	92,0	96,4	97,7	98,5	97,5
Bamberg	84,9	88,4	89,5	90,5	90,7	91,4
Bayreuth	95,3	97,1	100,0	100,0	100,0	100,0
Coburg	93,3	100,0	100,0	102,3	103,8	103,4
Hof	92,1	94,1	96,7	97,9	98,7	98,9
Nürnberg	102,7	106,7	106,3	108,7	107,5	108,1
Regensburg	92,6	93,0	95,2	96,6	96,5	97,1
Schwandorf	87,0	88,5	90,6	95,1	96,2	97,7
Schweinfurt	96,6	98,0	100,0	101,6	103,5	104,0
Weiden	91,3	94,9	100,0	98,2	101,3	102,3
Weißenburg	79,2	80,6	82,9	86,8	86,2	86,3
Würzburg	93,8	92,3	96,0	100,0	101,6	102,6
Nordbayern	90,7	91,4	94,1	96,1	90,8	91,3
Augsburg	90,9	89,3	96,2	92,7	93,7	93,6
Deggendorf	94,0	97,6	100,0	103,3	103,3	103,7
Donauwörth	87,5	92,3	95,7	97,0	97,9	100,0
Freising	73,7	78,8	78,1	81,0	82,0	83,8
Ingolstadt	96,0	100,0	97,5	101,7	102,7	102,3
Kempten	90,5	93,8	94,1	96,3	97,7	96,4
Landshut	103,7	112,5	109,5	113,3	114,6	117,0
Memmingen	86,7	87,5	95,0	94,1	96,3	97,3
München	89,7	95,8	95,8	96,8	95,7	96,6
Passau	102,1	104,9	110,0	111,5	111,6	112,2
Pfarrkirchen	94,3	96,7	100,0	102,3	106,2	106,0
Rosenheim	80,6	82,1	85,7	87,8	87,9	88,4
Traunstein	93,3	95,0	95,2	97,0	100,0	100,0
Weilheim	75,0	78,6	78,6	82,5	83,6	83,8
Südbayern	90,6	88,9	92,3	89,5	87,3	88,4
Berlin (West)	95,5	92,1	95,0	94,6	96,4	98,1
Bundesgebiet	92,9	91,7	94,4	94,1	90,7	91,6

*) Diese neu berechnete, einstweilen „Vergleichsquote“ genannte Größe enthält im Zähler die gleiche Zahl der registrierten Arbeitslosen (hier also jeweils Juni); der Nenner wurde durch die Summe von versicherungspflichtig Beschäftigten und Arbeitslosen (zum gleichen Zeitpunkt) gebildet.

$$\text{Also: } \frac{\text{Arbeitslose (Juni)}}{\text{Beschäftigte (Juni) + Arbeitslose (Juni)}}$$

Der Vergleich zeigt neben der unerwartet großen regionalen Streuung noch weitere bemerkenswerte Sachverhalte:

– in einigen Regionen – vor allem in den sogenannten Ballungsgebieten – ist die bisherige Nennergröße (und damit auch die „alte“ Arbeitslosenquote) völlig überholt. Obwohl in dem Vergleich der gleiche Zähler benutzt wurde, liegt die offizielle Arbeitslosenquote häufig mehr als 20 Prozentpunkte über der neuberechneten Quote. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, daß hier die Zahl der abhängigen Erwerbspersonen zu niedrig angesetzt ist.

– In fast allen Regionen aber ist das Verhältnis von Arbeitslosenquoten und den Vergleichsgrößen (nach der Beschäf-

tigtenstatistik) auch im Zeitablauf alles andere als stabil. Der Blick auf die Tabelle 2 ist aufschlußreich. Zeigt er doch, daß die seither eingetretene Entwicklung der Erwerbsbeteiligung in den einzelnen Regionen unzureichend erfaßt wird. Es ist wohl auch offensichtlich, daß mit der neuen Quote (bei der die Nennergröße durch die Beschäftigten und die Zahl der Arbeitslosen gebildet wird) sowohl der Einfluß der Stadt/Umland-Wanderung auf die Erwerbsquoten wie auch die konjunkturelle Entwicklung besser abgebildet werden.

- Damit ist aber auch der heißeste Punkt des Vergleichs angesprochen. Die bisherige Arbeitslosenquote basierte auf dem sogenannten Wohnortkonzept. Dieser Indikator sollte Aufschluß geben über die Unterversorgung mit Arbeitsplatzangeboten am Wohnort⁷⁾ und damit für jede Regionalpolitik mit dem Ziel, gleichwertige Lebensbedingungen und Arbeitsmarktchancen in allen Gebieten zu erreichen, brauchbare Orientierungen liefern.

- Die neu berechnete Größe, in der Tabelle der besseren Unterscheidung wegen einstweilen Vergleichsquote“ genannt, stellt dagegen mehr auf das Angebot an vorhandenen Arbeitsplätzen in einer Region ab. Da die Arbeitslosen in dem Amtsbezirk ihres Wohngebietes, die Beschäftigten dagegen am Beschäftigungsort erfaßt werden, scheint zunächst in der neu berechneten Größe eine saubere Trennung der beiden Konzepte aufgegeben zu sein. Es ist jedoch die Frage, ob die Trennung bisher in gewünschter Weise funktionierte. Das Beispiel einer Region mit starker Wohnumfeldwanderung und Pendlerverflechtung mag dies verdeutlichen: Wer in der Rezession seinen Arbeitsplatz in Hamburg verloren hat, wird sich in seiner Heimatgemeinde und damit beispielsweise im Arbeitsamtsbezirk Elmshorn arbeitslos melden – und dies auch dann, wenn er auch in Zukunft einen Arbeitsplatz in Hamburg (vielleicht im Hafengebiet) sucht. Auf diese Weise wird der tatsächliche Wirtschaftseinbruch in Hamburg unterzeichnet, während die Arbeitslosenquote in Elmshorn entsprechend höher ausfällt. Natürlich hätte hier gleichermaßen das Beispiel Wesel/Duisburg oder aber des Umlandes Stuttgarts und Münchens gewählt werden können.

- Die im Vergleich verwendete, neu berechnete Quote führt zu einem erhöhten Ausweis der Unterbeschäftigung, wo die Zahl der Arbeitsplätze vergleichsweise gering ist und wo zahlreiche Pendler ihren Lebensunterhalt außerhalb ihrer Wohngemeinde verdienen. Aber entspricht dies nicht dem eigentlichen Ziel der Regionalpolitik? Die Entscheidung, wo die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze besonders dringlich und raumordnerisch sinnvoll ist, bleibt nach wie vor in ihrer Verantwortung – sie hat nur bessere Hinweise darauf.

Den Regionalpolitiker mag vor allem auch interessieren, wie sich die regionale Verteilung der Arbeitslosigkeit nach der neu berechneten Vergleichsgröße darstellt. In der Übersicht (im Anhang) sind die einzelnen Arbeitsamtsbezirke nach der Höhe der „alten“ und „neuen“ Arbeitslosenquote vom Juni 1983 sortiert. Der Rangplatz 1 bedeutet jeweils, daß die entsprechende Region die niedrigste Arbeitslosenquote zu diesem Zeitpunkt hatte. Auf Einzelheiten soll hier nicht zu stark eingegangen werden, da sich derartige Rangfolgen natürlich im Zeitablauf verschieben.

⁶⁾ Vgl. dazu Herberger, L., H.-L. Mayer, Überblick über die derzeitigen Statistiken des Arbeitsmarktes und der Beschäftigung; anläßlich der 30. Tagung des Statistischen Beirats im Juni 83.

⁷⁾ Allerdings nur über die Zahl der Arbeitslosen am Wohnort – gleichgültig, wo die Arbeitsplätze lagen.

Auffällig ist aber, daß sich die ländlichen Gebiete im Durchschnitt um 3 bis 4 Rangplätze verschlechtern, während sich relativ stark verdichtete Regionen um etwa 9 bis 10 Plätze verbessern. Noch auffälliger ist die Umschichtung bei den Großstädtern mit einer Verbesserung um etwa 20 Rangplätze. Dies entspricht den vorher angestellten Überlegungen (vgl. Tabelle 3).

**Tabelle 3: Auffällige Verschiebungen in den Rangplätzen*) (bei veränderter Berechnungsweise)
Beispiel: Juni 1983**

Verschlechterung in den Arbeitsamtsbezirken:		Verbesserung in den Arbeitsamtsbezirken:	
Lüneburg	(-54)	Saarbrücken	(+48)
Bad Oldesloe	(-44)	Hannover	(+40)
Brühl	(-43)	Köln	(+39)
Wilhelmshaven	(-28)	Passau	(+37)
Verden	(-28)	Bremen	(+34)
Celle	(-28)	Düsseldorf	(+33)
Elmshorn	(-27)	Hamburg	(+29)
Marburg	(-23)	Mönchengladbach	(+27)
Weißenburg	(-23)	Bielefeld	(+26)
Giessen	(-23)	Nürnberg	(+21)
Wesel	(-22)	Ulm	(+17)

*) Rangplatz 1 = niedrigste Arbeitslosenquote (AA Göppingen); Rangplatz 151 = höchste Arbeitslosenquote (AA Leer)

(Verschiebung nach Rangplätzen in Klammern; ohne Beamte)

In diese vergleichende Sortierung wurden bewußt auch die Landesarbeitsamtsbezirke einbezogen. Das Ergebnis zeigt durchweg eine geringfügige verschlechterte Rangposition. Auch dies ist nochmals ein Hinweis darauf, daß die Mikrozensussergebnisse (wie oben angesprochen) bisher zu einer Unterschätzung der Arbeitslosenquote für die Bundesländer führte.

Wenn man sich etwa die 30 Arbeitsamtsbezirke mit den höchsten Arbeitslosenquoten und damit den schlechtesten Rangplätzen genauer ansieht, so zeigt sich, daß einige Regionen herausgefallen sind während andere neu hinzukommen. Zur ersten Gruppe gehören Saarbrücken, Bremen, Neunkirchen, Essen, Köln, Braunschweig, Krefeld, Saarlouis, Heide und Kassel. Zur zweiten Gruppe gehören Lüneburg, Celle, Neustadt, Verden, Hildesheim, Hamm, Nienburg, Stade, Aachen und Wesel.

Mit der ausführlichen Auflistung aller möglichen kritischen Einwände gegen die amtliche Arbeitslosenquote und dem Vergleich mit einer offensichtlich besseren Größe sollte nun keineswegs ein wichtiger Indikator „zerschlagen“ werden. Vielmehr geht es hier um das Aufstellen von „Warntafeln“, damit (bei der Trennung von Datenproduzenten und -verarbeitern) unnötige Fehlbeurteilungen vermieden und Hinweise für verbesserte Möglichkeiten der Regionalanalyse gewonnen werden.

So wurde bisher der regionale Vergleich von Arbeitslosenquoten auch insbesondere dadurch erschwert, daß es bisher nicht gelungen ist, die Gebietsstandsänderungen in den Zeitreihen zu berücksichtigen. Seit 1975 haben sich beispielsweise die Gebietsabgrenzungen von etwa einem Drittel der Arbeitsamtsbezirke geändert; zu Beginn des Jahres 1980 wurden etwa Dreiviertel der Dienstbezirke Nordrhein-

Westfalens neu geordnet. Ein unvoreingenommener Vergleich der ausgewiesenen Arbeitslosenquoten muß zu Fehleinschätzungen führen⁸⁾. Deshalb seien zum Schluß die wichtigsten Verbesserungsmöglichkeiten zusammengefaßt:

- Gegenwärtig ist die Beschäftigtenstatistik „... die einzige umfassende Statistik, die Angaben für Erwerbstätige in tiefer regionaler Gliederung und kurzfristiger Periodizität liefert“⁹⁾. Auf dieser Basis können Arbeitslosenquoten neu berechnet werden, mit denen auch in kleinen Regionen die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung und die regionalen Arbeitsplatzdefizite (auch im konjunkturellen Auf und Ab) besser nachgezeichnet werden als mit der bisherigen Quote. Die Aufgabe des Wohnortkonzeptes scheint vertretbar, da dafür auf der Habenseite ein konjunkturrempfindlicher Indikator zur Verfügung steht, der regionale Arbeitsplatzdefizite und rezessionsbedingte Verdrängungseffekte genauer messen kann.

- Allerdings umfaßt die Beschäftigtenstatistik, wie schon erwähnt, nicht alle Arbeitnehmer (gleichwohl müssen sich künftige Berechnungen des regionalen Erwerbspersonenpotentials auf diese umfassendste Quelle stützen). Dieses Manko könnte zum großen Teil dadurch beseitigt werden, daß auch die Beamten zu den Beschäftigten und Arbeitslosen im Nenner hinzugezählt werden. Prüfrechnungen zeigen, daß damit z. B. für den Juni 1983 die Arbeitslosenquote für das Landesarbeitsamt Nordbayern 8,5% statt wie bisher 8,4% (und 9,2% ohne Beamte) – betragen würde. In Dienststellen mit starken Verwaltungszentren schlägt die Hinzunahme der Beamten zu den Beschäftigten naturgemäß stärker zu Buche; so würde beispielsweise die neue Arbeitslosenquote für den gleichen Zeitpunkt in Ansbach 6,7% statt bisher 7,1% (und ohne Beamte 7,2%) betragen. Eine größere Genauigkeit der Berechnung ist in diesem Punkt vor allem dann gewährleistet, wenn die Beamten in der gleichen regionalen Gliederung und Periodizität vorliegen. Die Berücksichtigung der Beamten brächte auch insofern Gewinn, als damit z. B. regionale Arbeitslosenquoten für Juristen genauer ausgewiesen werden könnten. Vorrangig ist dabei jedoch, daß dieser so wichtige Teil des Arbeits- und Ausbildungsstellenmarktes ebenso transparent sein sollte wie der Bereich der Sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Bislang bereitet die regionale Zuordnung der Beamten (nur alle drei Jahre auf Kreisebene verfügbar) erhebliche Probleme, an deren Lösung gegenwärtig gearbeitet wird. Ein Auszug aus den (einstweilen noch vorläufigen Modellrechnungen zeigt, wie sich eine Neuberechnete Arbeitslosenquote (einschließlich Beamten) im Vergleich zur bisherigen in den Arbeitsamtsbezirken Baden-Württembergs darstellen würde; vgl. Tabelle 4.

- Damit ist auch schon der Hinweis auf einen weiteren wesentlichen Vorteil der neu berechneten Größen gegeben. Auf diese Art und Weise ließen sich nämlich Arbeitslosenquoten nicht nur in tiefer regionaler Gliederung sondern – erstmals – auch für einzelne Berufe und Wirtschaftszweige aber auch für einzelne Altersgruppen (exakt und vergleich-

Tabelle 4: Vergleich von offiziellen und neu berechneten Arbeitslosenquoten (anhand der Beschäftigtenstatistik, einschließlich Beamte)

Vorläufige Modellrechnung für Juni 1983, Baden-Württemberg

Arbeitsamtsbezirk LAA-Bezirk	Offizielle Alo-Quote	„Neue“ Alo-Quote	Differenz in %-Pkt.
Aalen	6,3	6,3	0,0
Balingen	5,9	5,9	0,0
Freiburg	6,7	6,5	-0,2
Göppingen	4,4	4,9	+0,5
Heidelberg	7,1	7,2	+0,1
Heilbronn	6,4	6,1	-0,3
Karlsruhe	7,1	6,5	-0,6
Konstanz	5,4	5,6	+0,2
Lörrach	5,1	5,4	+0,3
Ludwigsburg	5,0	6,0	+1,0
Mannheim	6,9	6,1	-0,8
Nagold	4,5	5,1	+0,6
Offenburg	6,3	5,7	-0,6
Pforzheim	6,5	6,9	+0,4
Rastatt	5,7	5,3	-0,4
Ravensburg	5,6	5,1	-0,5
Reutlingen	5,8	6,1	+0,3
Rottweil	5,6	5,5	-0,1
Schwäb. Hall	5,3	4,8	-0,5
Stuttgart	5,1	3,8	-1,3
Tauberbischofsheim	6,6	6,3	-0,3
Ulm	7,3	6,1	-1,2
Villingen-Schwenningen	6,7	6,6	-0,1
Waiblingen	4,6	5,4	+0,8
Baden-Württemberg	5,6	5,6	0,0

bar genug) nachweisen. So würde z. B. anstelle des Anteils der Jugendlichen künftig auch die Arbeitslosenquote dieser Gruppe veröffentlicht werden können.

- Bei einer Neuberechnung von Indikatoren muß natürlich auch der Vergleich mit früheren Werten ermöglicht werden. Außerdem müssen Zeitreihen von Arbeitslosenquoten für einzelne Arbeitsamtsbezirke zur Verfügung stehen, die frei von evtl. Einflüssen der Gebietsstandsänderung sind. Die Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik sind „ortsscharf“; sie können bis auf Kreis- und Gemeindeebene „heruntergebrochen“ werden. Somit läßt sich das leidige Problem der Gebietsstandsberichtigung mit vertretbarem Aufwand (und natürlich mit Hilfe der Datenverarbeitung) lösen. Da die Kommunalreform seit 1975 zu gut 80% abgeschlossen ist, Kreis- und Arbeitsamts Grenzen in hohem Maße deckungsgleich sind, können durch geeignetes Zusammenspielen von Kreis- und Arbeitsamtsdaten Zeitreihen z. B. für Arbeitsamtsbezirke nach dem heutigen Gebietsstand erstellt werden. Der Vorteil dabei ist, daß auf Schätzungen anhand veralteter VZ-Daten oder anhand von Wohnbevölkerungsanteilen weitgehend verzichtet werden kann und somit die originären Zählergebnisse in ihrer Struktur erhalten bleiben. Auch bei der Berechnung der Arbeitslosenquoten für die Klemmerregionen und Fördergebiete im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe wird dadurch eine zeitnahe Nennergröße und der weitgehende Verzicht auf Schätzungen ermöglicht¹⁰⁾.

- Auch dem immer wieder vorgetragenen Wunsch, neben der Arbeitslosenquote für Dienststellen auch die für Kreise

⁸⁾ Es gibt zahlreiche Regionalstudien, in denen „unbereinigte“ Zeitreihen verwendet und deshalb unzutreffende Entwicklungsbilder gezeichnet werden. So ist in manchen Fällen z. B. der Einfluß von Gebietsstandsänderungen größer als der konjunkturelle Effekt – und der war in den letzten Jahren wahrhaftig schwerwiegend. Auf Einzelzitate wird hier bewußt verzichtet.

⁹⁾ Vgl. Herberger, Mayer, a.a.O.

¹⁰⁾ Im IAB wird gegenwärtig am Aufbau eines (DV-gestützten) regionalen Informationssystems gearbeitet, das den schnellen Abruf bereinigter Entwicklungsdaten ermöglicht.

Anhang

Übersicht: Rangplätze der Regionen nach der Höhe der „alten“ und der „neuen“ Arbeitslosenquote
Beispiel: Juni 1983*)

Arbeitsamtsbezirke, LÄÄ, Bund	„Alt“	„Neu“
Bad Oldesloe	42,5	86,5
Elmshorn	79,0	106,5
Flensburg	134,0	132,5
Hamburg	83,0	54,0
Heide	124,5	112,5
Kiel	117,0	117,0
Lübeck	117,0	117,0
Neumünster	135,5	141,5
Schleswig-Holstein-Hamburg	83,0	89,5
Braunschweig	129,0	119,5
Bremen	138,0	103,5
Bremerhaven	142,0	147,0
Celle	113,0	141,5
Emden	149,5	148,5
Goslar	88,0	111,0
Göttingen	133,0	134,5
Hameln	127,0	139,5
Hannover	113,0	72,5
Helmstedt	65,5	54,0
Hildesheim	117,0	130,5
Leer	151,0	151,0
Lüneburg	96,0	150,0
Nienburg	107,0	128,0
Nordhorn	142,0	134,5
Oldenburg	142,0	144,0
Osnabrück	117,0	96,0
Stade	110,0	123,0
Uelzen	139,0	145,5
Vechta	148,0	126,0
Verden	104,5	132,5
Wilhelmshaven	142,0	148,5
Niedersachsen-Bremen	113,0	123,0
Aachen	117,0	123,0
Ahlen	88,0	99,5
Bergisch-Gladbach	68,5	69,5
Bielefeld	103,0	76,5
Bochum	142,0	138,0
Bonn	28,5	42,5
Brühl	63,5	105,6
Coesfeld	122,5	123,0
Detmold	96,0	109,5
Dortmund	149,5	143,0
Düren	101,0	103,5
Düsseldorf	79,0	45,5
Duisburg	147,0	137,0
Essen	131,5	106,5
Gelsenkirchen	145,0	145,5
Hagen	120,5	109,5
Hamm	120,5	130,5
Herford	96,0	94,5
Iserlohn	107,0	97,5
Köln	131,5	92,0
Krefeld	129,0	114,5
Meschede	81,0	72,5
Mönchengladbach	96,0	112,5
Münster	72,5	45,5

Arbeitsamtsbezirke, LÄÄ, Bund	„Alt“	„Neu“
Oberhausen	110,0	99,5
Paderborn	101,0	92,0
Recklinghausen	126,0	139,5
Rheine	122,5	128,0
Siegen	76,5	58,0
Soest	104,5	106,5
Solingen	76,5	72,5
Wesel	101,0	123,0
Wuppertal	88,0	94,5
Nordrhein-Westfalen	92,0	101,0
Bad Hersfeld	72,5	79,0
Darmstadt	26,5	36,5
Frankfurt	21,0	4,5
Fulda	54,0	56,5
Gießen	59,5	82,5
Hanau	44,0	65,0
Kassel	124,5	117,0
Korbach	85,0	82,5
Limburg	46,0	63,5
Marburg	59,5	82,5
Offenbach	46,0	59,0
Wetzlar	59,5	76,5
Wiesbaden	34,5	38,0
Hessen	42,5	47,5
Bad Kreuznach	92,0	86,5
Kaiserslautern	67,0	67,0
Koblenz	49,5	42,5
Landau	59,5	76,5
Ludwigshafen	49,5	39,5
Mainz	51,5	49,0
Mayen	99,0	114,5
Montabaur	51,5	67,0
Neunkirchen	137,0	136,0
Neuwied	88,0	102,0
Pirmasens	72,5	67,0
Saarbrücken	146,0	97,5
Saarlouis	129,0	119,5
Trier	96,0	82,5
Rheinland-Pfalz-Saarland	55,5	76,5
Aalen	24,0	24,0
Balingen	17,0	16,5
Freiburg	31,5	31,5
Göppingen	1,0	2,0
Heidelberg	37,5	42,5
Heilbronn	26,5	21,5
Karlsruhe	37,5	31,5
Konstanz	8,5	14,5
Lörrach	5,5	11,5
Ludwigsburg	4,0	18,5
Mannheim	34,5	20,0
Nagold	2,0	6,5
Offenburg	24,0	16,5
Pforzheim	28,5	33,5
Rastatt	14,0	9,0
Ravensburg	11,0	6,5

Arbeitsamtsbezirke, LAA, Bund	„Alt“	„Neu“
Reutlingen	16,0	21,5
Rottweil	11,0	11,5
Schwäbisch-Hall	7,0	3,0
Stuttgart	5,5	1,0
Tauberbischofsheim	30,0	26,0
Ulm	40,5	23,0
Villingen-Schwenningen	31,5	30,0
Waiblingen	3,0	9,0
Baden-Württemberg	11,0	14,5
Ansbach	37,5	33,5
Aschaffenburg	48,0	47,5
Bamberg	79,0	88,0
Bayreuth	72,5	61,0
Coburg	68,5	56,5
Hof	72,5	62,0
Nürnberg	72,5	51,5
Regensburg	83,0	82,5
Schwandorf	135,5	128,0
Schweinfurt	88,0	72,5
Weiden	65,5	54,0
Weißenburg	59,5	82,5
Würzburg	46,0	39,5
Nordbayern	53,0	60,0
Augsburg	40,5	42,5
Deggendorf	110,0	92,0
Donauwörth	24,0	18,5
Freising	21,0	36,5
Ingolstadt	59,5	51,5
Kempten	8,5	9,0
Landshut	21,0	4,5
Memmingen	37,5	35,0
München	14,0	13,0
Passau	107,0	69,5
Pfarrkirchen	63,5	50,0
Rosenheim	18,5	28,5
Traunstein	33,0	26,0
Weilheim	14,0	26,0
Südbayern	18,5	28,5
Berlin	92,0	89,5
Bundesgebiet	55,5	63,5

auszuweisen, könnte mit der Neuberechnung entsprochen werden. Dies gilt auch für die Erfassung der Arbeitslosen nach Kreisen – allerdings mit etwas mehr Aufwand. Heute können etwa 70% der Kreise mit den Dienststellen zur Deckung gebracht werden. Bei weiteren 10% sind die Überlappungen so gering, daß Schätzungen vertretbar erscheinen. Lediglich bei den verbleibenden 20% müßten die Arbeitslosen nach Kreisen ausgezählt werden. Da dies natürlich nicht ohne zusätzliche Belastung der Statistik in den Arbeitsämtern möglich ist, sollte hier eine einmalige Zählung pro Jahr genügen. Eine Neuberechnung der Arbeitslosenquote, wie sie im zweiten Teil dieser Ausführungen vorgetragen wurde, dürfte insgesamt einen gezielteren Mitteleinsatz und eine stärkere Unterstützung der Regionalpolitik zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und zur Beschleunigung des Strukturwandels erlauben.

*) entsprechend Tabelle 2, also ohne Beamte